„Der wirtschaftliche Aufschwung hat den Deutschen im letzten Jahr ordentlich Geld in die Kassen gespült. Ihr Geldvermögen legte um 225 Milliarden oder 5 Prozent auf gut 4,5 Billionen Euro zu. Es hat sich damit – statistisch gesehen – seit 1991 pro Haushalt fast verdoppelt“, so berichtet das manager-magazin ohne jede kritische Anmerkung über den neuesten Monatsbericht der Bundesbank.
Die statistische Logik unserer Bundesbanker lautet also etwa so: Wenn ich 20.000 Euro Geldvermögen habe und mein Nachbar hat 10.000 Euro Schulden, dann haben wir beide im Durchschnitt 5.000 Euro Geldvermögen. Darüber kann sich mein Nachbar aber richtig freuen!

Eigentlich müsste ein homerisches Gelächter über diese in die Welt gesetzten statistischen Zahlen durch den Blätterwald schallen. Aber die Angabe, wonach sich das durchschnittlich Geldvermögen je Haushalt von knapp 60.000 Euro im Jahr 1991 auf 115.000 Euro nahezu verdoppelt habe, dürfte wieder von den meisten Blättern wie auch vom manager-magazin einfach nachgeplappert werden.

Dass diese Durchschnittszahl ohne jeden realen Aussagewert über die tatsächliche Verteilung des Geldvermögens ist, interessiert offenbar nicht.
So schlicht ist eben die Wirklichkeit unserer Bundesbanker. Ihr etwas abgewandelte Motto lautet offenbar: Über die Frage, wer das Geld hat, spricht man nicht, Geld hat man.

Dass nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahre 2003 durchschnittlich alle, die bis zu 3.000 Euro verdienen, weit unter der Durchschnittssparquote von 10,7 Prozent bleiben, dass alle, die ein Monatseinkommen von rund 1.000 Euro haben, im Durchschnitt verschuldet sind, dass alle, die über 4.000 Euro Monatseinkommen verfügen, aber eine Sparquote von 14 Prozent und alle, die an die 7.000 Euro monatlich haben, sogar über 22 Prozent ihres Monatseinkommens sparen können, interessiert im Durchschnitt ja nicht.

Dass die unteren 50 Prozent der Haushalte laut Armutsbericht der Bundesregierung gerade mal 4 Prozent des deutschen Vermögens besitzen und die oberen 10 Prozent über 47 Prozent davon haben, das geht natürlich in den Monatsbericht unserer Bundesbanker nicht ein. Wozu auch, im Durchschnitt zählt eben nur das Geld und eben nicht, wer es hat. Hauptsache man gehört zu denen, die Geld haben.

Dass privater Reichtum etwas mit einem armen Staat zu tun haben könnte, dürfen die Banker, die ständig Steuersenkungen und staatliches Sparen anmahnen, selbstredend in diesem Zusammenhang nicht ansprechen.
Wenn der Staat in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Steuern gerade auch für

diejenigen gesenkt hat, die ohnehin am Monats- oder Jahresende genug übrig haben, um zu sparen, dann kann diese Einkommensgruppe das, was sie an Steuern gespart haben, eben zusätzlich privat sparen.
Diese Reicheren können sogar dann das zusätzlich Gesparte dem defizitären Staat wieder leihen und so für das durch die Steuersenkungen Gesparte nochmals Zinsen vom Staat kassieren. Zinsen und Anleihen, die dann von unser aller Enkel an die erbenden Enkel als künftige Geldvermögensbesitzer zurückgezahlt werden müssen.
Kein Wunder also, dass das Nettogeldvermögen ständig wächst.
Auf diese Weise werden die deutschen Haushalte am Ende des laufenden Jahres ihr Geldvermögen von im Durchschnitt 115.000 Euro vielleicht sogar auf im Durchschnitt 120.000 Euro steigern können. Es wird also noch ungleicher verteilt sein als in den zurückliegenden Jahren.

Vielleicht verstehen wir jetzt auch besser, warum die Zentralbanker schon bei einer moderaten Inflationsrate von 1,9 Prozent auf die „Zinsbremse“ treten und den Leitzins weiter anheben und damit sogar riskieren, den zaghaften Aufschwung abzuwürgen. Die Gründe sind ziemlich nahe liegend: Die Geldvermögensbesitzer müssen vor Inflationsverlusten geschützt werden und die Zinssätze für ihre Geldanlagen müssen steigen. Sonst blieben ja solche Erfolgsmeldungen, dass „die Deutschen“ mehr Geldvermögen besitzen, künftig aus.
Und – wohlgemerkt – Geldvermögensbesitzer sind ja im Durchschnitt wir alle.

Für wie dumm dürfen die Bundesbanker im Durchschnitt die übergroße Mehrheit der unterdurchschnittlichen Geldvermögensbesitzer eigentlich halten?